

Vorstand:
 Dr. Gerhard Götze
 Vorstandmitglieder:
 Bundesanwalt Dr. Fritz Häber
 Dr. Otto Biele
 Prof. Dr. Fritz Löffler
 Dr. Klaus Herrmann
 Rechtsanw. Erwin Fischer
 Walter Genscher
 Carl Friedrich
 Prof. Dr. A. Mitscherlich
 Politikwissenschaftl.
 Rechtsanw. Dr. J. Arndt

Hilfsmittel:
 Peter Künzler MdB
 Geb. St. w. Ernst Buchholz
 Axel E. Lebricht
 Prof. Dr. Heidemarie
 von Sickingen, Dr. E. Engel
 Prof. Dr. Dr.
 Klaus A. Pöschel
 Hans-Karl
 Richter-Gebhard
 Professor Dr. Hubert H. Goss
 Prof. Dr. Rudolf Caspary
 Prof. Dr. Dr.
 Helmut Gollwitzer

Ulrich Gähler
 Prof. Dr. Hartmut von Henig
 Rektor Fritz Hermann
 Dr. H. J. Heuser
 H. M. Henschel
 Rechtsanwalt
 Martin Hirsch MdB
 Prof. Dr. W. Hochheimer
 Dr. Herbert Jäger
 Herr Dr. Rudolf Kalka MdB
 Georg Kuhn-Ackermann MdB
 Hermann Kozien
 Dr. Hans Kilian
 Prof. Dr. Ulrich Klug

Gesetzgeb. Dr. Kluge
 Dr. Lollo Kohler
 Prof. Dr. Rüdiger König
 Dr. Oswald Kohler
 Bürgerm. Alois Künzler
 Wolfgang Leonhard
 Prof. Dr. Werner Maihofer
 Prof. Dr. Ludwig Marusek
 Prof. Dr. Heinz Maus
 Prof. Dr. Gustav Mensching
 Prof. Dr. Armin Mergen
 Dr. Sigmund Paulsen
 Dr. Georg Pick
 Else Reventlow

Dr. Juliane Irsh
 Prof. Dr. Walter Sautz
 Prof. Dr. Hans Schaefer
 Paul Schallück
 Prof. Dr. Karl Schlertha
 OLG-Präs. Dr. R. Schmidt
 Prof. Dr. Ulrich Sonnemann
 Prof. Dr. Hermann Wehn
 Prof. Dr. Wilhelm Weischedel
 R. w. v. Los Ziegler MdB
 Prof. Dr. Lothar Zolt
 Geschäftsführer:
 Rainer Haun

Humanistische Union e. V.
 5053 Aachen 99

Geiselgaststraße 116
 Telefon (00 11) 49 72 32

Humanistische Union

*Red form
 Rehlen im
 1966*

Pressemitteilung

Treiben Bundesbehörden strafbaren Verfassungsverrat?

Strafanzeige der Humanistischen Union wegen Verdacht eines Verbrechens nach § 89 StGB

Beim Generalbundesanwalt in Karlsruhe erstattete der Vorstand der Humanistischen Union (HU) am 5.5.1966 Strafanzeige "gegen Unbekannt" wegen des Verdachts eines Verbrechens nach § 89 StGB ("Verfassungsverrat"). Nach dieser Bestimmung wird mit Zuchthaus bestraft, "wer es unternimmt, durch Mißbrauch oder Anmaßung von Hoheitsbefugnissen einen der in § 88 StGB bezeichneten Verfassungsgrundsätze zu beseitigen oder außer Geltung zu setzen."

Wie Bundesinnenminister Lücke am 3.5.1966 zugab, hat das Bundesinnenministerium geheime Ausnahme Gesetze vorbereitet, die im "Notstandsfall" entweder von den Alliierten in Kraft gesetzt oder aufgrund alliierter Vollmachten von deutschen Staatsorganen angewandt werden sollen. Diese geheimen "Schubladengesetze" sollen nach bis jetzt unwidersprochenen Pressemeldungen viel weiter gehen als die Notstandsgesetze, die dem Bundestag vorgelegt worden sind. Minister Lücke äußerte zu Pressevertretern: "Diejenigen, die diese Gesetze gesehen haben, waren etwas bleich."

Der HU liegen Informationen vor, die zu dem Verdacht Anlaß geben, es bestehe eine Übereinkunft zwischen Bundesbehörden und den Besatzungsmächten, der Bundesregierung in bestimmten Fällen grundgesetzwidrige Sondervollmachten zuzuspielen, die diese auf legalen Weg durch das

Parlament nicht erhalten könnte. Die HU führt in ihrer Strafanzeige einige von der Bundesregierung öffentlich angestrebte Notstandsvollmachten an, die - würden sie auf so außerparlamentarische Weise verwirklicht, den Tatbestand des Verfassungsverrats erfüllen. Da die geheimen "Schubladengesetze" sogar noch viel weiter gehen sollen, ist nach Ansicht der HU die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens durch die Bundesanwaltschaft dringend geboten.

HUMANISTISCHE UNION

gez. Rainer Haun

(Geschäftsführer)

München, den 5. Mai 1966

HUMANISTISCHE UNION e.V., 8 München 90, Geiseltasteigstr. 116

An die
Bundesanwaltschaft

7500 Karlsruhe

Betr.: Strafanzeige gegen Unbekannt wegen des Verdachts eines Ver-
brechens nach § 89 StGB ("Verfassungsverrat")

Sehr geehrter Herr Generalbundesanwalt,

Die Monatszeitschrift "Deutsches Panorama" veröffentlichte in Nr. 3/66 auf S. 11 einen Beitrag von Gösta v. U e x k ü l l. "Geheimgesetz ... etwas außerhalb des Bundestages? Die Schubladen auf!" Eine Kopie dieses Artikels fügen wir bei. Der Autor berichtet in dem Artikel, die Bundesregierung habe Gesetze für den Fall ausgearbeitet, "daß die Alliierten von ihren Rechten im Generalvertrag Gebrauch machen", diese Gesetze "lägen fertig in der Schublade" und gingen viel weiter als die Notstandsgesetze, die dem Bundestag vorgelegt werden müssen. Es wird in dem Beitrag ferner behauptet, die Bundesregierung warte nur darauf, daß die Alliierten mit der Bitte um Zustimmung gem. Art. 5 Abs. 2 des Generalvertrages an sie heranträten, um festzustellen, daß die Umstände die Ausübung der alliierten Vorbehaltsrechte forderten. Es heißt wörtlich:

"Der britische oder amerikanische Botschafter wird im Bundeskanzleramt vorsprechen, man wird sich einigen, daß der Notstandsfall gegeben ist und die Befugnisse aus dem Generalvertrag auf die Bundesregierung übertragen. Und dann wird mit den Gesetzen aus der Schublade regiert."

Der Artikel im "Deutschen Panorama" erweckt den Eindruck, als bestehe eine ausdrückliche oder stillschweigende Übereinkunft zwischen der Bundesregierung und den Drei Mächten, der Bundesregierung in einem bestimmten Fall durch ein abgekartetes Spiel ("die Deutschen bitten die Alliierten, ihnen das zu erlauben, was ihnen nach dem Grundgesetz verboten ist") Gesetzesvollmachten zuzuspielen, die sie auf legale Weise nicht erhalten könnte.

Wir bitten Sie daher, sehr geehrter Herr Generalbundesanwalt, ein Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt einzuleiten, weil im Falle der Richtigkeit des oben geschilderten Tatbestandes eine Verletzung des

§ 89 StGB vorläge. Nach dieser Vorschrift wird u.a. bestraft, wer es unternimmt, durch Mißbrauch oder Anmaßung von Hoheitsbefugnissen einen der in § 88 StGB bezeichneten Verfassungsgrundsätze zu beseitigen oder außer Geltung zu setzen.

Nach dem zitierten Artikel sollen die angeblich vorhandenen "Schubladengesetze" "viel weiter gehen als die Notstandsgesetze, die der Bundestag beschließen soll". Durch den Entwurf der Bundesregierung von 1962 für eine Notstandsverfassung (Bundesdrucksache IV/891) sollten für den Notstandsfall u. a. folgende Maßnahmen vorgesehen werden:

1. Eine Notstandsgesetzgebung nach Art. 115c des Entwurfs;
2. die Übertragung der Befugnisse der Bundesregierung auf einen Kabinettsausschuß, dessen Zusammensetzung vom Bundeskanzler bestimmt wird, gem. Art. 115d des Entwurfs;
3. die Verlängerung der Wahlperiode des Bundestages und der Amtsperiode des Bundespräsidenten gem. Art. 115g Abs. 3 des Entwurfs.

Da die angeblich vorliegenden "Schubladengesetze" über derartige Bestimmungen weit hinausgehen sollen, muß angenommen werden, daß sich in diesen Gesetzen mindestens gleiche oder ähnliche Bestimmungen finden. Durch die Verlängerung der Legislaturperiode des Parlaments und den Übergang der Gesetzgebungsbefugnis auf ein parlamentarisches nicht verantwortliches Gremium würde das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen (§ 88 Abs. 2 Nr. 1 StGB) beeinträchtigt, das Recht auf die verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition und die parlamentarische Verantwortlichkeit der Regierung wären gefährdet (§ 88 Abs. 2 Nr. 3 und 4 StGB), Willkürherrschaft wäre nicht auszuschließen (§ 88 Abs. 2 Nr. 6 StGB), wenn derartige oder ähnliche Maßnahmen nicht durch ordentliche Gesetze bestimmt würden, sondern sich auf geheime Vereinbarungen stützten.

Eine Beseitigung der geschützten Verfassungsgüter des § 88 Abs. 2 StGB liegt vor, wenn deren rechtliche Existenz vernichtet ist, sie werden außer Geltung gesetzt, wenn sie faktisch nicht mehr angewandt, also nicht mehr befolgt werden, wozu es genügt, daß ihre Anwendung zeitlich oder örtlich suspendiert ist (Schafheutle, Das Strafrechtsänderungsgesetz, JZ 51, 609, 614). Das Beseitigen und

außer Geltung setzen erfaßt jede Beeinträchtigung der ungehinderten Wirksamkeit dieser Verfassungsgrundsätze als Rechtssätze, sei es auch nur eine zeitweilige. Beseitigt ist ein Rechtssatz, wenn er abgeschafft ist (Leipz. Komm. z. StGB 8. Aufl. Anmerk. 3a zu § 89 StGB).

Ein Mißbrauch von Hoheitsbefugnissen liegt in ihrem Gebrauch zu anderen als verfassungsmäßigen Zwecken oder zu anderen Zwecken, als denen die Befugnis nach dem Recht, auf dem sie beruht und nach welchem sie ordnungsgemäß ausgeübt wird, dienen soll. Anmaßen von Hoheitsbefugnissen liegt vor, wenn die Befugnisse dem Täter zur Tatzeit oder überhaupt nicht zustehen, er aber so auftritt und handelt, als stünden sie ihm zu (Leipz. Komm. aaO Anmerk. 3bc zu § 89 StGB). Beide Tatbestandsmerkmale könnten hier vorliegen, wenn Beamte oder Organe des Bundes - wie im Artikel des "Deutschen Panorama" angedeutet wurde - der Bundesregierung für einen Notstandsfall Hoheitsrecht übertragen ließen, die ihr auf Grund der deutschen Gesetzgebung nicht zustehen und die das Grundgesetz ausschließt.

Da diese Fragen von grundlegender Bedeutung für die Rechtsstaatlichkeit sind, erscheint eine Überprüfung der vom "Deutschen Panorama" berichteten angeblichen Fakten angezeigt. Wir weisen ergänzend darauf hin, daß der Verdacht strafbarer Handlungen von Bundesbeamten nach § 89 StGB durch einen Bericht der "Frankfurter Rundschau" Nr. 103 vom 4.5.1966, Ausgabe 1, noch erheblich verstärkt wird. Dort heißt es unter der Überschrift "Lücke droht Gewerkschaften mit geheimen Notstandsgesetzen" u. a.: "Das Bundesinnenministerium hat geheime Gesetzentwürfe vorbereitet, die in Kraft treten sollen, wenn die Alliierten von ihren Vorbehaltsrechten in Falle eines äußeren Notstandes Gebrauch machen. Ein Sprecher des B.I.M. erklärte am Dienstag in Bonn, diese Gesetze und Verordnungen würden dann entweder von den Alliierten in Kraft gesetzt oder auf Grund alliierter Vollmachten von deutschen Stellen angewandt werden. Bundesinnenminister Lücke selbst sagte von den sog. "Schubladengesetzen": 'Diejenigen, die diese Gesetze gesehen haben, waren etwas bleich'. Der Bundesinnenminister drohte, daß im Notstandsfall "planmäßig" nach diesen Vorschriften gehandelt werde, sofern der Bundestag die von der Regierung gewünschte Notstandsverfassung ablehnt."

München, den 6. Mai 1966

HUMANITÄTISCHE UNION e.V.

gez. Rainer Ham
(Geschäftsführer)